

Vor vier Jahren, am 19. Februar 2020, wurden neun Menschen mit türkischen, kurdischen, bulgarischen, rumänischen, bosnischen und afghanischen Wurzeln und eine deutsche Romni von einem 43jährigen erschossen, fünf weitere Menschen wurden teils schwer verletzt. Menschen, die seit Jahren in Deutschland lebten, teilweise hier geboren wurden, wurden ermordet, weil sie anders aussahen, Migranten oder Kinder von Migranten waren. Ermordet von einem rechtsextremen Rassist, der die Opfer nicht kannte, aus Hass und Fremdenfeindlichkeit.

Weil der 43jährige anschließend seine Mutter und sich selbst tötete, die Ermittler ein Bekenner schreiben und ein Tätervideo fanden und keine Hinweise auf Mittäter oder Mitwisser, war für sie der Fall schnell klar: Es handelte sich um den rassistisch motivierten Mord eines Einzeltäters. Erst auf Drängen der Angehörigen wurden weitere Ermittlungen aufgenommen.

Aber selbst nach vier Jahren ist die Zusage der Politik, die Hintergründe der Tat lückenlos aufzuklären, nichts als ein leeres Versprechen und die Angehörigen erheben schwere Vorwürfe gegen die Ermittlungsbehörden und fordern Antworten auf offene Fragen.

Die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen dazu eingestellt. Und auch nachdem der Untersuchungsausschuss des hessischen Landtages in seinem inzwischen vorliegenden Abschlussbericht Versäumnisse der Behörden festgestellt hat, ist nicht absehbar, dass dies Konsequenzen haben wird.

In einer Reportage des Senders 3sat im Februar diesen Jahres berichtet Said Etris Hashemi, dessen Bruder getötet wurde und der den Anschlag selbst schwerverletzt überlebte, vom unsensiblen Vorgehen der Ermittler, von Rassismus, der ihnen nach der Tat seitens der Behörden entgegenschlug und von Vertuschung, er fordert mit den Angehörigen der Opfer noch nach vier Jahren Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen, weil Hanau sich jeden Tag wieder ereignen kann, überall.

Und er verweist auf den alltäglichen Rassismus, mit dem sie auch vor dem Attentat als in Deutschland geborene Kinder von Migranten konfrontiert wurden und der zu der Frage führt: Was läuft in dieser Gesellschaft schief, dass Men-

schen wegen ihres Aussehens, ihrer Sprache, ihrer Religion nicht als Gleiche akzeptiert werden, wie es das Grundgesetz fordert, sondern mit Geringschätzung, Ausgrenzung, struktureller und körperlicher Gewalt konfrontiert werden und um ihr Leben fürchten müssen? Und was tun die Legislative und die Exekutive dieses Staates, um die Menschen davor und vor behördlicher Willkür zu schützen?

Sie könnte zum Beispiel die Mittel für antirassistische Bildung aufstocken statt sie zu kürzen; sie könnte die lang geforderte Rassismus-Studie in den eigenen Strafverfolgungsbehörden durchführen lassen; sie könnte sogar so weit gehen, Gesetze auf den Weg zu bringen, die eine geregelte Aufnahme schutzbedürftiger Menschen ermöglichen und deren Aufenthaltsstatus sichern würde.

Stattdessen lässt sie sich von der AfD – dem parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus – immer weiter nach rechts drängen und versucht mit der Einschränkung von Grundrechten, einer weiteren Verschärfung des Asylrechts und dem Versprechen von mehr Abschiebungen (die sogenannte Rückführungs-Offensive) Forderungen der AfD und vom rechten Rand der konservativen Parteien entgegenzukommen, um Ruhe an dieser Front zu haben. Damit erscheinen Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund als eine Ursache der gesellschaftlichen Krisen und so bereiten sie das Feld für sogenannte Einzeltäter, die sich ermächtigt fühlen, deren Beseitigung selbst in die Hand zu nehmen.

Institutioneller und individueller Rassismus ist in diesem Land täglich präsent. Es werden nicht nur Pläne zur millionenfachen Deportation von in Deutschland lebenden Menschen geschmiedet, es werden täglich Menschen diskriminiert, abgeschoben, von Rassisten und Rechtsextremen bedroht, verletzt, ermordet. Das dürfen wir nicht zulassen. Dagegen müssen wir uns wehren. Und darum stehen wir auch heute hier und fordern, endlich Konsequenzen zu ziehen aus rassistischer Gewalt! Und um deutlich zu sagen:

„Hier ist kein Platz für Rassismus!“